



WIESBADEN



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dietmar Weinert

Wiesbaden, 27.02.2013

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
am Mittwoch, 06. März 2013, um 17:00 Uhr,
St. Josef-Hospital, Vortragssaal im 7. OG, Beethovenstr. 20, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 5.12.2012 und 23.1.2013
2. St. Josefs-Hospital und Medicum Facharztzentrum

3. 13-V-01-0007

DL 05/13-6

Jahresbericht 2012 des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Wiesbaden

4. 13-F-33-0010

Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien nach Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 26.2.2013 -

In vielen deutschen Großstädten wird eine verstärkte Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien registriert. Aufgrund ihres ethnischen Hintergrundes lebten die Zuwanderer zuvor in ihren Herkunftsländern häufig unter prekären Bedingungen (ghettoähnliche Siedlungen, kein Wasser und Strom, Ausgrenzung aus der Gesellschaft). Skrupellose Geschäftemacher nutzen die Situation aus, werben die Betroffenen in ihren Heimatländern an, versehen sie - gegen eine entsprechende Bezahlung - mit Handynummern und Anlaufadressen in Deutschland. Auch wenn eine Armutswanderung aus Sicht der Betroffenen nachvollziehbar ist, sind es zurzeit die Kommunen, welche die Folgen mangelhafter Regelungen - beginnend auf der EU-Ebene - zu tragen haben (vgl. „Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien“ vom 22.01.2013). Vor dem Hintergrund des Wegfalls der Arbeitnehmerfreizügigkeitsbeschränkung für den genannten Personenkreis ab dem 01.01.2014 ist mit einer weiteren Erschwerung der Situation für die Kommunen zu rechnen. Mit dem Antrag soll zunächst die Situation in Wiesbaden erfragt werden. Ungeachtet der vielen Fragen geht es den Antragstellern weniger um eine aufwendige Zahlenrecherche, sondern in erster Linie um eine Einschätzung des Magistrats hinsichtlich der in den Fragen angeschnittenen Facetten des Themas.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

- (1) wie sich die Zahlen der in Wiesbaden Gemeldeten aus Rumänien und Bulgarien seit 2007 entwickelt haben;
- (2) wie hoch er die Zahl zugewanderter Personen aus Rumänien und Bulgarien schätzt, die ohne einen Aufenthaltsstatus in Wiesbaden leben;
- (3) wie hoch die Zahl zugewanderter Personen aus Rumänien und Bulgarien in Wiesbaden ist, die über eine EU-Arbeitsgenehmigung verfügen;
- (4) wie sich die Gewerbeanmeldungen bulgarischer und rumänischer Personen seit 2007 entwickelt haben;
- (5) wie hoch die Zahl selbständiger Rumänen und Bulgaren ist, die aufgrund zu geringer Einkommen Anspruch auf ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt in welcher Gesamthöhe geltend machen;
- (6) wie hoch die Arbeitslosenquote für Personen aus Rumänien und Bulgarien ist;
- (7) ob die Inanspruchnahme von Angeboten der offenen, ambulanten und stationären Jugendhilfe oder allgemeiner Familienberatung durch Rumänen und Bulgaren signifikant zugenommen hat;

- (8) ob vermehrt Fälle von Kindeswohlgefährdung in dem genannten Personenkreis registriert wurden (u.a. Wohnungsverhältnisse, Ernährungszustand, Anhalten zum Betteln);
- (9) ob zusätzliche Sprachförderangebote in Kitas und Schulen nachgefragt bzw. bereitgestellt wurden für Kinder aus Rumänien und Bulgarien mit fehlenden Deutschkenntnissen bzw. einer nicht altersgerechten Entwicklung;
- (10) ob auch in Wiesbaden – wie z.B. in München – von einer Zuwanderung aus gesundheitlichen Gründen (u.a. Entbindung, Behandlung chronischer Erkrankungen, Zahnbehandlung) auszugehen ist;
- (11) wie hoch die Zahl rumänischer und bulgarischer Kinder ist, bei deren Einschulung der Impfschutz durch Behandlungen/ Impfungen sichergestellt werden musste und wie hoch die Gesamtkosten hierfür sind;
- (12) wie die krankensicherungsrechtliche Situation des genannten Personenkreises ist, wenn die Betroffenen in ihrem Herkunftsland nicht krankensichert waren;
- (13) ob vom genannten Personenkreis Ansprüche von Krankenhilfe gemäß SGB XII geltend gemacht werden und wenn ja, in welcher Gesamthöhe;
- (14) wie hoch die Zahl zugewanderter Personen aus Rumänien und Bulgarien in Wiesbaden ist, die bei den Kosten der Unterkunft unterstützt werden und auf welche Gesamthöhe sich diese Unterstützung beläuft;
- (15) welche Erkenntnisse über prekäre Wohnverhältnisse (u.a. unverhältnismäßig hohe Mieten für Wohnungen unter dem üblichen Standard, Untervermietung, Übernachtungen im öffentlichen Raum) des genannten Personenkreises dem Magistrat vorliegen;
- (16) welche Erkenntnisse über die Verschuldung des genannten Personenkreises vorliegen (u.a. aufgrund rückwirkender Krankensicherungsbeiträge, Stromrechnungen durch die Nutzung von Elektrogeräten; Eingehen von vertraglichen Verpflichtungen ohne Kenntnisse der Rechtssituation);
- (17) ob es unter Bezugnahme auf den genannten Personenkreis verstärkt zu ordnungsrechtlichen Auffälligkeiten gekommen ist (wilde Müllkippen, Ruhestörungen, Kraftfahrzeuge mit nicht feststellbaren Zulassungs- und Versicherungsstatus);
- (18) ob er in Verbindung mit der Polizei steht und weiß, ob es bezüglich des genannten Personenkreises kriminalistische Auffälligkeiten gibt (u.a. „Schlepperstrukturen“, Menschenhandel, Prostitution);

Reduzierung der Tagesgruppen zugunsten sozialpädagogischer Familienhilfen
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 26.2.2013 -

Der Anteil der Tagesgruppenfälle an der Summe der Fälle „sozialpädagogische Familienhilfe und Tagesgruppenfälle“ (in Wiesbaden 53 %, zum Vergleich: Darmstadt bzw. Frankfurt 30 %) kann laut der 148. Vergleichenden Prüfung „Erziehungshilfen“ des Hessischen Rechnungshofes „ein Indikator für nicht ausreichende Arbeit in den Familien sein“ (S.7): Während die sozialpädagogische Familienhilfe vor allem an den Eltern ansetzt und versucht, deren Erziehungskompetenzen zu erhöhen, sind Tagesgruppen ein Hilfsinstrument, um entweder die jungen Menschen bei der Bewältigung ihrer Probleme zu unterstützen, oder ein Mittel, um fehlende Unterstützung durch die Eltern über die Betreuung in der Tagesgruppe zu kompensieren (S.38; vgl. S.88f.).

Der Ausschuss für Sozialen und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu überprüfen und dem Ausschuss zu berichten, ob die Hilfestruktur problemgerecht ist oder durch das Trägerangebot bestimmt wird;
2. über die AG § 78 SGB VIII das Thema „Weiterentwicklung von Steuerungsinstrumenten für Freie Träger“ zu bearbeiten (S.91f.) und dem Ausschuss gelegentlich über die hier erzielten Ergebnisse zu berichten.

6. 13-F-33-0011

Nachbarschafts-Schlichter

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 26.2.2013 -

Die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel (GWG) hat gemeinsam mit dem Verein piAno e. V. und dem FreiwilligenZentrum Kassel ein bisher in Deutschland einzigartiges Nachbarschaftsprojekt mit dem Namen „Schlichten für gute Nachbarschaften!“ gestartet. Es setzt auf die Vermittlung von Nachbarn für Nachbarn.

Die Konfliktparteien ins Gespräch zu bringen und Lösungen herbeizuführen ist die Motivation für das Projekt.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten die Wohnungsbaugesellschaften gemeinsam mit dem Bund der Schiedsmänner zu einer Aufklärungskampagne zu ermutigen und das Ehrenamt Schiedsmann auf diese Weise zu stärken.

7. 13-F-03-0018

Leiharbeit in HSK Horst Schmidt Klinik und HSK Service GmbH
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.2.2013 -

Der Presse der vergangenen Tage war zu entnehmen, dass das seit März letzten Jahres durch die Rhön-Klinikum AG gestellte Management der Wiesbadener Horst-Schmidt-Kliniken (HSK) seit Dezember massiv LeiharbeiterInnen in der Servicegesellschaft der Horst-Schmidt-Kliniken einsetze, um die dort ohnehin schon nicht übermäßig hohen Tariflöhne der Küchenhilfs- und Reinigungskräfte zu unterbieten.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Trifft es zu, dass befristete Verträge von Servicekräften nicht mehr verlängert wurden und stattdessen den Beschäftigten Arbeitsverträge von Servicefirmen des Rhönkonzerns angeboten wurden und so eine Verlagerung in die Leiharbeit stattfand?
2. Weshalb wird das neu einzustellende Personal (bspw. in der Reinigung und im Transportdienst) statt in der HSK Service GmbH im RK Catering angestellt?
3. Wie wird gewährleistet, dass LeiharbeiterInnen qualifiziert sind?
4. Zur Personalstatistik:
 - a) Wie viele Leiharbeitsverträge bestanden in der Horst Schmidt Klinik und bei der HSK Service GmbH zum 30.06.2012 und 31.12.2012 in den Bereichen
 - Logistik, insbesondere des Transportdienstes
 - Reinigungsdienst
 - Gastronomie?
 - b) Wie ist der Stand heute (27.02.2013)?

8. 13-F-08-0021

Beschäftigung bei der HSK und der DKD
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 26.2.2013 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Schritte er unternommen hat, die Untergrabung der Beschäftigungsgarantie und das Lohndumping an den Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken und den Stellenabbau an der Deutschen Klinik für Diagnostik - der ein Resultat aus der (Teil-)Privatisierung der HSK ist - zu beenden.

9. 13-F-08-0020

Situation von Asylbewerber_innen in der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 26.2.2013 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie viele Leistungsberechtigte nach AsylbLG werden zu gemeinnütziger Arbeit (gZA) herangezogen?
2. Wird abweichend von § 5 Abs. 2 AsylbLG eine andere als die dort definierte Aufwandsentschädigung gezahlt, und wenn ja, wie hoch ist diese?
3. Wo werden diese Leistungsberechtigten für welche Arbeiten eingesetzt?
4. Wie viele Stunden werden durchschnittlich pro Person und Woche gearbeitet?

10. 13-F-08-0022

Barrierefreie Toilette am Platz der deutschen Einheit
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 26.2.2013 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,
wie der Sachstand zu den bisher nur mündlich zugesagten öffentlich zugänglichen,
barrierefreien Toiletten am Platz der deutschen Einheit aussieht.

11. 13-F-08-0023

Wiesbaden Karte für Menschen mit geringem oder keinem Einkommen
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 26.2.2013 -

In der Vergangenheit gab es Bestrebungen zur Einführung einer Karte für Vergünstigungen für Menschen mit geringem oder keinem Einkommen. Hierzu wurden sowohl vom Amt für soziale Arbeit als auch von der „Initiative gegen Armut - für Bildung, Arbeit und soziale Teilhabe in Wiesbaden“ Überlegungen angestellt. Auch in einem Gespräch der Liga der Freien Wohlfahrtspflege mit den sozialpolitischen Sprecher_innen der Fraktionen wurde im Jahr 2009 verabredet, die Voraussetzungen für eine Einführung zeitnah zu überprüfen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,
über den aktuellen Planungsstand zur Einführung einer Wiesbaden Karte zu berichten.

12. 12-F-03-0122

ANLAGE

Beitritt Wiesbadens in das Gesunde Städte Netzwerk, Angliederung der Stelle an HSK Rhein Main GmbH

- *Beschluss des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 23.1.2013* -

13. 12-F-33-0113 ANLAGE

Platzvergabe für u3-Kinder in Kindertagesstätten

- *Bericht des Dezernates VI vom 10.1.2013* -

14. 13-A-50-0002 ANLAGEN

Antrag des Jugendhilfeausschusses zur Gewährung von zusätzlichen finanziellen Mitteln an Kindertagesstättenträger

Der Jugendhilfeausschuss bittet darum zu prüfen, ob den Kindertagesstättenträgern zusätzliche finanzielle Mittel zur Sicherstellung der berufsbegleitenden Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher in den Folgejahren gewährt werden können.

15. 12-F-33-0114 ANLAGE

Pflegestützpunkt Wiesbaden

- *Bericht des Dezernates VI vom 5.2.2013* -

16. 12-F-33-0116 ANLAGE

Verbesserte Verselbständigung der jungen Volljährigen

- *Bericht des Dezernates VI vom 5.2.2013* -

17. 12-F-05-0010 ANLAGE

Haus des Jugendrechts

- *Bericht des Dezernates VI vom 5.2.2013* -

18. 12-F-05-0012 ANLAGE

Defibrillatoren im öffentlichen Raum der LHW
- *Bericht des Oberbürgermeisters vom 28.1.2013* -

19. 11-A-50-0005

ANLAGE

Blindengerechte Geldautomaten in Wiesbaden
- *Bericht des Dezernates VI vom 30.1.2013* -

20. 13-A-50-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

21. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 13-F-08-0005

ANLAGE

Stromsperrungen in Wiesbaden
- *Schreiben des Oberbürgermeisters vom 18.2.2013* -

2. 12-V-51-0046

DL 05/13-2

Umsetzung des "Handlungsprogramms zum Abbau herkunftsbedingter
Bildungsbenachteiligungen"

3. 12-V-51-0062

DL 06/13-2

Soziale Stadt plus Schelmengraben; Aufnahme in das Bund-Länder-Programm

4. 13-V-20-0002

DL 06/13-4

Investitionscontrolling 4. Quartal 2012

5. 13-V-20-0003

DL 05/13-8

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.09.2012 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Ulrich Weinerth
Vorsitzender